



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 27. Dezember 1908

(Ein Rückblick auf die politische Lage.)

Wie alljährlich um die Weihnachtszeit ist in diesen Tagen auf dem politischen Schauplatz eine gewisse Ruhe eingekehrt. Nicht überall freilich ruhen die Waffen und schweigt der Lärm, und heutzutage sind die Fäden der Weltpolitik so vielfach hin und her gespannt, daß Ereignisse, die wir sonst unbeachtet gelassen haben, jetzt ein mehr oder weniger lebhaftes Interesse in Anspruch nehmen müssen. Wer hat früher danach gefragt, wenn in einem der südamerikanischen Kreolenstaaten eine Revolution ausgebrochen war? Wir nahmen solche Nachrichten mit einem verständnisvollen Lächeln entgegen, denn Leute, die Bescheid wußten, hatten uns belehrt, daß Revolutionen dortzulande zum Nationalsport gehören, daß dabei sehr viel Pulver verknallt und ein wenig Blut vergossen wird, im übrigen aber alles beim alten bleibt, wenn auch neue Namen an Stelle der früheren Würdenträger erscheinen. Das ist jetzt anders geworden. Venezuela hat die Abwesenheit seines langjährigen Präsidenten Cipriano Castro — er weilt zurzeit in unsrer Reichshauptstadt — benutzt, die Regierung zu stürzen, und dieses Ereignis wirkt bezeichnend genug seine Wellen bis in unsre europäischen Verhältnisse hinein. Castro hat in der Zeit seiner Amtsführung nacheinander mit allen möglichen Großmächten angebunden. Zuerst mit Deutschland und England; man erinnert sich, wie beide Mächte die Anerkennung ihrer Rechte vor sechs Jahren durch eine Flottendemonstration erzwingen mußten, und wir sogar zur Beschießung einer Küstenbefestigung zu schrecken genötigt waren. Als dritte gekränkte Großmacht, die sich damals allerdings mehr zurückhielt, kam Italien hinzu. Bemerkenswert bei diesen Händeln war vor allem, daß die Vereinigten Staaten von Amerika mit eiferfüchtigem Auge alle diese Vorgänge verfolgten und bestrebt waren, das Prinzip der Monroe doktrin in einer Ausdehnung, die man früher nicht gekannt hatte, praktisch zur Geltung zu bringen. Dadurch erst erhielten die Vorgänge eine weltpolitische Bedeutung. Auch wurde es ein nicht zu übersehendes Kennzeichen der damaligen Lage, daß die erregte öffentliche Meinung in England in ihrer feindseligen Stimmung gegen Deutschland so weit ging, sogar an diesem ganz zufälligen Zusammengehen mit Deutschland Anstoß zu nehmen, obwohl es sich gar nicht um politische Angelegenheiten, sondern um die Durchsetzung privatrechtlicher Forderungen handelte, die Deutschland und England zugleich gegen jene entlegne Macht zu erheben hatten. Venezuela hat damals seine Schulden bezahlt und mit uns Frieden gehalten, seitdem aber wieder Differenzen mit Frankreich und ganz neuerdings mit Holland angefangen. Der französischen Republik hatte die überseeische Schwester die geforderte gründliche Genugtuung vorzuenthalten gewußt, und mit Holland haben sich die Dinge sogar bis zur Kriegserklärung zugespitzt. Das alles, weil man in Venezuela darauf rechnet, daß europäische Mächte im Fall eines kriegerischen Konflikts ihre Interessen nicht rücksichtslos und beliebig weit verfolgen können, ohne mit den Vereinigten Staaten als Wächtern der Monroe doktrin in Konflikt zu geraten. Diese Erwägung hat freilich Castro nicht gehindert, auch der großen Republik im Norden recht respektwidrig die Zähne zu zeigen, als es ihm so beliebt. Nun hat er, um einen deutschen Arzt zu konsultieren, europäischen Boden aufgesucht, als vorsichtiger Mann nicht ohne die Gelder, die ihm zur Ausrüstung wider alle Fährlichkeiten der unbekanntem Zukunft nötig schienen. Die Wirkung dieser Abwesenheit trat pünktlich genug ein, so pünktlich, daß man dem Leidenden nur wünschen

kann, die Verordnungen der von ihm befragten ärztlichen Autorität möchten ebenso wirken. Man hat in Caracas seine Regierung gestürzt, woraus freilich noch nicht folgt, daß man sie nicht wieder aufrichtet, wenn das Schiff, das den gefürchteten kleinen Mann in seine Heimat trägt, in den Hafen von La Guaira einläuft. Einstweilen wird sich die neue Regierung, wenn der bisherige Vizepräsident Gomez endgültig die Präsidentschaft behalten sollte, mit Holland verständigen und vielleicht auch die Beziehung zur nordamerikanischen Union enger knüpfen, als es der selbstbewußte und eigensinnige Castro über sich gewinnen konnte. Wir stehn der politischen Seite dieser Entwicklung durchaus kühl gegenüber und wünschen nur, daß unsre Handelsbeziehungen aufrechterhalten bleiben. Natürlich ist auch dieser Wunsch nicht nach dem Geschmack unsrer Mitbewerber und Neider, und deshalb werden bezeichnenderweise auch diese Ereignisse von England aus benutzt, gegen Deutschland Mißtrauen zu erregen. Man weist darauf hin, daß Castro in Frankreich kühl und unfreundlich behandelt, in der deutschen Reichshauptstadt dagegen besonders freundlich — richtig wäre es, zu sagen: mit der korrekten Gastfreundschaft, die wir dem Oberhaupt eines mit uns in normalen Beziehungen stehenden Staates schulden — aufgenommen wurde. Von der Feststellung dieser Tatsache bis zur plumpen Verdächtigung Deutschlands ist bei gewissen englischen Blättern von bekanntem Charakter nur ein Schritt.

Dank der Arbeit der englischen Hefepresse in diesen und ähnlichen Fällen ist die Nervosität in England augenblicklich wieder sehr groß, und auch vernünftige, ernsthafte und anständige Blätter können sich dieser Stimmung anscheinend nicht entziehen. Selbst eine Zeitung von der Bedeutung der Morning Post ist in jüngster Zeit nicht davor zurückgeschreckt, sich lächerlich zu machen, indem sie Nachrichten von dem geheimnisvollen Erscheinen deutscher Kriegsschiffe vor Kopenhagen brachte. Diese im Stil der Seemannsmärchen vom fliegenden Holländer aufgepußten Geschichten hatten einen direkt visionären Charakter.

Was sollen wir nun solchen Albernheiten gegenüber tun? Der größte Fehler, den wir begehn könnten, wäre, wenn wir angesichts der in England herrschenden Nervosität selbst nervös würden. Wir sollten also weder von den törichten Hegereien über das Maß der notwendigsten Abwehr hinaus Notiz nehmen oder sie gar erwidern, noch irgendwie den Versuch machen, die unfreundliche Gesinnung gegen uns durch stürmisches Liebeswerben zu wandeln. Was zur Annäherung der beiden Völker geschehen kann, ist nur eins: daß die verständigen und politisch gebildeten Kreise in beiden Ländern, womöglich vor allem solche, die einen Einfluß auf weitere Kreise auszuüben vermögen, einen der gegenseitigen Aufklärung dienenden Verkehr miteinander aufrecht erhalten, und daß man diesen Beziehungen eine möglichst ungestörte Nachwirkung in der Stille sichert. Freilich darf man sich auch nicht so gleich betreten lassen, wenn besondere politische Konstellationen das auf diesem stillen Wege erreichte vorübergehend wieder in Frage zu stellen scheinen. Das Schlimmste sind solche Einwirkungen, wie sie bei dem Kaiserinterview zutage getreten sind. Doch darüber haben wir uns früher eingehend ausgesprochen, und wir brauchen darauf nicht zurückzukommen. Man kann im allgemeinen wohl die Regel aufstellen, daß Annäherungen an andre Völker niemals darin bestehen dürfen, daß man durch Freundschaftsbezeugungen und Bekehrungsversuche direkt auf Stimmungen und Gefühlsmomente zu wirken sucht. Möglich wird eine Annäherung immer nur, wenn die realen Interessen der Völker sie gestatten, und in solchem Falle kann eine entgegenstehende Stimmung allerdings überwunden werden, aber nur durch eine langsame Aufklärungsarbeit, die durch die Stimmungshindernisse hindurch und über sie hinweg die Erkenntnis der wahren Interessen allmählich reifen läßt.

Es besteht kein Zweifel, daß sich die Durchschnittsmeinung in England heute einbildet, die britischen Interessen würden durch Deutschland gefährdet, geschädigt oder zu schädigen versucht. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß dieses Mißtrauen nicht nur durch die Vorstellung eines dauernden, eingebildeten Interessengegensatzes genährt wird, sondern auch einen Rückhalt an der Tatsache findet, daß die erwähnte Vorstellung unter bestimmten Zeitverhältnissen ein bequemes Mittel darstellt, um andre politische Zwecke zu erreichen. Und gerade aus diesem Grunde noch mehr als um der Stimmung in England willen werden wir auf längere Zeit hinaus noch damit zu rechnen haben, daß die europäische Lage durch den deutsch-englischen Gegensatz beherrscht wird, ohne daß dies eine direkte Gefahr für den Frieden bedeutet.

Wie sich die orientalische Frage entwickeln wird, ist noch immer nicht ganz klar. Wie groß die Schwankungen sind, zeigt sich darin, daß zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn die Beziehungen langsam einer Verständigung näherkommen, obwohl die gegen den österreichischen Handel gerichtete Boykottbewegung in der Türkei noch fort dauert, ja sich hier und da zu verschärfen scheint. Und dabei waren die Verhältnisse doch vor einiger Zeit schon so weit gediehen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen jeden Augenblick erwartet wurde. Dagegen spitzen sich die Verhältnisse zwischen der Türkei und Bulgarien, die sich vor kurzem noch über Erwarten glatt zu entwickeln schienen, gegenwärtig einmal wieder mehr und mehr zu, sodaß es wirklich manchmal danach aussieht, als werde es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen. Aber die Wolkenbildungen in diesem Wetterwinkel Europas brauchen nicht immer zu einem Gewitter zu führen, das sich in Donner und Blitz entlädt; es ist möglich, daß es der europäischen Diplomatie noch gelingt, die Wolken zu zerteilen. Für uns ergibt sich daraus nur die praktische Folgerung, in ruhiger Beobachtung im Bunde mit Österreich-Ungarn alle Momente zu stärken, die zu einer friedlichen Entwicklung beitragen können, selbst aber in jeder Beziehung genügend gerüstet zu bleiben.

Zu dieser Sicherheit sollen wir nun auch durch das große Werk beitragen, das uns in unsrer innern Politik beschäftigt. Augenblicklich ruht die Arbeit an der Reichsfinanzreform, aber diese Pause, die zu einer Abschätzung des bisher geleisteten und der Aussichten für das noch zu leistende auffordert, läßt uns zu keinem erfreulichen Ergebnis der Betrachtung kommen. Man muß freilich zugeben, daß eine großzügige Finanzreform die schwerste Aufgabe ist, die einem Parlament überhaupt gestellt werden kann. Es ist das Gebiet, auf dem die Unvernunft der Wählermassen am leichtesten und stärksten mit dem Gebot des Gemeingeistes und des Staatsinteresses zusammenstößt. „In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf“ — ist ein Lieblingswort spießbürgerlicher Weisheit, und die Gemütlichkeit des Durchschnittswählers gebietet ihm, den Egoismus des einzelnen und allenfalls die nächstliegenden Kirchturminteressen zum Maßstab der Beurteilung zu nehmen. Der Wähler fordert von dem Volksvertreter absolutes Mißtrauen gegenüber allen Anforderungen, die an seinen Geldbeutel gestellt werden. Es gehört deshalb für einen Parlamentarier, namentlich wenn er selbst demokratischen Grundsätzen huldigt, viel Charakterstärke dazu, in Finanzfragen den weitschauenden Standpunkt einzunehmen, der bei einer grundsätzlichen Regelung der Reichsfinanzen unerläßlich ist. Gar zu leicht drängen sich die Grundsätze herein, die für die Etatsberatung maßgebend sind. Da gilt es natürlich, die Notwendigkeit jeder einzelnen Ausgabe zu prüfen und dann zu fragen, ob zur Bestreitung dieser absolut notwendigen Ausgaben die Heranziehung aller der Einnahmequellen erforderlich ist, die das Gesetz zu benutzen gestattet, ob hier und da Erleichterungen der Lasten ratsam sind, oder ob eine andre

zweckmäßige Verwendung der verfügbaren Einnahmen vorzuziehen ist. Wenn aber der Reichstag bei der grundsätzlichen Regelung der Einnahmequellen des Reichs an einer Prüfung des augenblicklich zu berechnenden Bedarfs nach den kurzfristigsten Erwägungen stecken bleibt und immer nur der bloße Statskünstler bleibt, der die Wichtigkeit der Aufgabe gar nicht erfasst, dann kann man wohl von starker Besorgnis ergriffen werden. Besonders wenn man Wert darauf legen muß, daß die Reform nicht nur überhaupt, sondern insbesondere durch die Verständigung der Konservativen und der Liberalen gesichert wird.

Von der Fähigkeit des Reichstags, diese Aufgabe zu lösen, hängt es ab, ob die Novemberkrisis dem deutschen Volke zum dauernden Nutzen gereichen wird oder nicht. Denn schließlich ist es nur das wirkliche Vermögen, etwas zu leisten, das die Verteilung der Gewalten im Staat über alle Außerlichkeiten und Kunststücke der Gesetzfabrikation hinweg regelt.

Koloniale Rundschau

Berlin, 29. Dezember 1908

Eine neue Hiobspost aus Südwestafrika hat uns der Draht gerade zum Fest auf den Weihnachtstisch gelegt. Im Südosten der Kolonie an der englischen Grenze haben verschiedene Überfälle von Hottentottenbanden stattgefunden, wobei eine Reihe von Farmern und Soldaten ums Leben kamen. Eine treffliche Illustration zu den in dem jetzt verflohenen Jahr unter dem Widerspruch zahlreicher Kenner der Verhältnisse vorgenommenen Truppenverringerungen! Nun haben wir wieder einmal die Bescherung. Es war doch bekannt, daß zahlreiche Hottentottenbanden auf englisches Gebiet übergetreten waren. Es war auch bekannt, daß der Aufstand jenseits der Grenze von gewissen Interessentenkreisen mit Scotty Smith an der Spitze wenn nicht finanziert, so doch mindestens durch materielle Begünstigung der Aufständischen in die Länge gezogen worden ist. Wir wollen nicht auf das eigenartige Verhalten der englischen Regierung bei Beginn des Aufstands, die die Aufständischen als kriegsführende Macht anerkannte, nochmals näher zurückkommen. Denn sie hat wenigstens versucht, durch Anschädlichmachung Morengas diese allem Kaffeberußtsein hohnsprechende Entgleisung wieder gut zu machen.

Man hat aber nichts davon gehört, daß sich die englische Regierung energisch für die Praktiken jener Händlerkreise interessiert hätte, und man mußte sich daher bei uns zu gelegener Zeit eines teilweisen Wiederauflebens des Aufstandes im Süden der Kolonie versehen. Trotzdem ist die Truppe offenbar zu stark verringert worden, noch ehe die neugebildete Landespolizei auch nur annähernd ihre Sollstärke erreicht hat. Im Kolonialamt wird offenbar allzusehr in Opportunitätspolitik gemacht. Ersparnisse um jeden Preis, Statsverringerungen auf der ganzen Linie, das ist auch diesmal wieder die Signatur des soeben dem Reichstag vorgelegten Kolonialhaushalts. Sparsamkeit allein tut's nicht, sie muß auch den tatsächlichen Verhältnissen angemessen sein, sonst läuft sie Gefahr, als Leichtsinns angesprochen zu werden. Unsere Volksvertreter werden sich diesmal hoffentlich die verringerten Positionen genau ansehen und erwägen, ob diese gesparten Summen nicht im folgenden Jahre in Gestalt von neuen Belastungen, verursacht durch die Folgen falscher Sparsamkeit, auf der andern Seite doppelt und dreifach erscheinen könnten. Denn unsere Ansiedler, die sich im Vertrauen auf unsern Schutz niedergelassen haben, und unsere Soldaten müssen uns zu gut sein zu Versuchskanarieln für Statskünste. Das möchten wir namentlich gewissen Kolonialkünstlern im Reichstag ins Stammbuch geschrieben haben. Item: sie mögen immer an die beiläufig 30 Millionen und die Tausende von Menschenleben denken, die uns die Verzögerung der Eisenbahn Lüderitzbucht-Reetmannshoop gekostet hat! Es wird auch danach zu fragen sein, ob unsere

Regierung von der englischen gewisse Garantien für die übergetretenen und nicht ausgelieferten Aufständischen verlangt hat. Es sieht nicht so aus. Ich kann mich nicht völlig der Berechtigung der in den Hamburger Nachrichten vertretenen Anschauung — so phantastisch sie klingen mag — verschließen, daß nämlich die jüngsten Überfälle in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang stehn können mit der unbekannteren Nervosität und Eifersucht südafrikanischer Diamanteninteressenten wegen unsrer Diamantenfunde. Solche Dinge sind nicht unerhört in der Geschichte der südafrikanischen Politik.

Um so energischer werden wir jetzt darauf dringen müssen, daß man sich englischerseits energisch an den Aufräumungsarbeiten an der Grenze beteiligt. Jetzt muß endlich etwas Durchgreifendes geschehen, denn so kann es nicht weitergehn. Hier handelt es sich nicht bloß um eine jener Räuberzügen, die nach oft gehörter offiziöser Ansicht noch ab und zu vorkommen werden, sondern hier handelt es sich offenbar um einen wohlorganisierten, langerhand vorbereiteten Überfall größern Stils und um die Frage, ob die weitere Besiedlung des Südens der Kolonie überhaupt zugelassen werden darf. Unsere Truppe tut wahrhaftig voll und ganz ihre Pflicht und leistet das Menschenmögliche. Aber gegen das, was jenseits der Grenze zusammengebraut wird, kann sie nicht ankommen. Dem muß in Berlin vorgebeugt werden. Das erforderliche Material ist ja an amtlicher Stelle vorhanden. Staatssekretär Dernburg hat sich bei seinem Besuch in Britisch-Südafrika mit den dortigen Machthabern über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der beiderseitigen Gebiete, über friedliche Überbrückung der Grenze durch Eisenbahnanschluß usw. unterhalten. Hoffentlich hat er auch über die Solidaritätspflichten der weißen Rasse, über Simon Copper und die Geschäftspolitik gewisser Händler an der Grenze gesprochen! Wenn er gegen die faulen Manöver dieser Dunkelmänner ebenso sauer reagiert hätte, wie manchmal zu Hause gegen wohlmeinende Kritiker, so sollte man meinen, daß er in dieser Richtung etwas erreicht hätte. Aber vielleicht erfahren wir darüber noch Näheres im Reichstag. Denn man muß sagen, daß sich seine Reise sonst als recht erfolgreich erwiesen hat.

Überhaupt gehts im übrigen mit Südwest recht erfreulich vorwärts. Die Besiedlung ist in vollem Gange, und die Farmen gehen ab wie die warmen Semmeln, namentlich im Norden, wo im Augenblick nicht mehr allzu viel vermessen Land zur Verfügung steht. Doch darauf werden wir demnächst in einem besonderen Aufsatz zurückkommen. Südwest hat den Vorteil, daß es einen Gouverneur hat, der selbst Landwirt und mit Kopf und Herzen bei der Sache ist. Es wäre recht gut, wenn man auch in den andern Kolonien bei einem Gouverneurswechsel an die guten Erfahrungen, die man mit der Wahl des Herrn v. Schuckmann gemacht hat, denken und einen Gouverneur hinausenden würde, der praktisches Verständnis für die Landwirtschaft hat.

Ein kleines Pflaster auf die durch die oben erwähnten Hiobsposten geschlagenen Wunden bilden die neusten Meldungen über die Diamantenfunde. Es scheint immer mehr, als ob diese Funde recht aussichtsvoll wären und zum mindesten einen recht netten Zuschuß zur Wirtschaft unsrer Kolonie verhießen. Wenigstens sprechen sich schon eine Reihe von Kennern der Verhältnisse in diesem Sinne aus. Das Gouvernment hat die Interessen des Fiskus durch Einführung von Lizenzgebühren und eines Vertauschzollses von zehn Mark pro Karat wahrgenommen. Die Interessenten haben natürlich Weh und Ach geschrien über diese Belastung. Das ist nun mal so Sitte im wirtschaftlichen Leben. Da aber nach Ansicht von Sachleuten dieser Zollsatz den Verhältnissen durchaus angemessen ist und bei Zugrundelegung von fünf Mark Produktionskosten und dem letztnotierten Preis von

29 Mark immerhin den netten Gewinn von rund fünfzehn Mark übrig läßt, so kann man vorläufig über diese Klagen wohl zur Tagesordnung übergehen.

Über Kamerun und Togo ist nichts Neues von Belang zu sagen. Beide haben sich im verfloffenen Jahre in zufriedenstellender Weise weiter entwickelt. Auf die Einzelheiten werden wir nach Erscheinen des amtlichen Jahresberichts zurückkommen. Der soeben vorgelegte Etat bietet kein allgemeineres Interesse.

In Ostafrika ist nunmehr die längst erwartete Arbeiterverordnung vom Gouvernementsrat angenommen worden. Allerdings unter scharfem Protest gegen einzelne Bestimmungen, die die negrophile Politik des Herrn von Rechenberg allzu deutlich hervortreten lassen. Die Ansiedler wollten wenigstens einmal eine Regelung der Arbeiterverhältnisse haben, und der Gouvernementsrat wollte daher die Sache nicht durch Ablehnung einzelner Bestimmungen aufhalten. Wenn der endgiltige Wortlaut der Verordnung vorliegt, werden wir uns im einzelnen damit beschäftigen. Aus dem bis jetzt bekannten scheint immerhin hervorzugehen, daß die Ansiedler nicht ganz Unrecht haben. Einzelne Bestimmungen sehen verzwweifelt danach aus, als ob in erster Linie das Interesse der Arbeitnehmer wahrgenommen werden müßte, und als ob die Verordnung vorzugsweise ein Instrument zur Kontrolle der Pflanzler wäre. Wie gesagt, wir behalten uns nochmalige Würdigung vor.

Den zahlreichen berechtigten Klagen über seine Politik gegenüber ist Herr von Rechenberg bemüht, sich für eine „gute Presse“ zu sorgen. Als die neue offenbar ultramontan infizierte Deutsch-ostafrikanische Rundschau ins Leben trat, um „einem dringenden Bedürfnis“, wenigstens des Gouverneurs, abzuhelfen, entzog Herr von Rechenberg der altbewährten, aber leider manchmal unangenehm offenen Deutsch-ostafrikanischen Zeitung die Publikation der amtlichen Bekanntmachungen und die amtlichen Lieferungen und überwies sie der neuen Rundschau, die sich sichtbar befleißigt, nicht „anzustoßen“. Kommentar überflüssig. Einstweilen ist die Usambara-Post noch da, die nicht minder offenerzig, aber in Magenfragen nicht so empfindlich ist wie ihre Daresjalamer Kollegin. Sie wird ihre Pflicht tun, bis eines Tages wohl die Rundschau mit Herrn von Rechenberg von der Bildfläche verschwinden wird.

In Samoa sollen, wie aus trüber australischer Quelle verlautet, die Eingebornen aus Verdruß über die im letzten Jahre erfolgte Beschneidung ihrer Selbstverwaltung nicht übel Lust zu einem Putsch haben. Offiziös ist diese Nachricht wie üblich dementiert worden, und wir glauben gern, daß dies von Rechts wegen geschehen ist. Bei den Australiern, die die Südsee als ihre Domäne betrachten und gern alle andern Mächte hinaussetzen würden, ist aber wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen, und darum erscheint es uns doch wünschenswert, der Sache einige Beachtung zu zollen und den Eingebornen nicht allzu großes Vertrauen zu schenken. Ein Zweites ist noch zu beachten. Die nordamerikanische Pazifikflotte hat neulich Samoa die Ehre ihres Besuches erwiesen. Wir wollen den Amerikanern gewiß keine perfiden Absichten unterstellen, aber immerhin werden sie bei dieser Ehrung ein wenig von dem Wunsch geleitet gewesen sein, den Samoanern zu zeigen: seht, was für tüchtige Kerle wir sind! Sintemalen wir eine solch imposante Seemacht in der Südsee leider noch nicht präsentieren konnten, und die Samoaner besonders viel Sinn für äußern Glanz haben, so wird diese Wirkung nicht ganz ausgeblieben sein, um so mehr als von dem frühern vorherrschenden Einfluß der Vereinigten Staaten auf den Samoanischen Inseln noch recht viel amerikantisches zurückgeblieben ist, z. B. die Sprache. Wir haben also alle Veranlassung, die Samoaner von der Macht des Deutschen Reiches zu überzeugen, damit sie uns im Falle von europäischen Verwicklungen keine Schwierigkeiten machen.

Nun haben die Samoaner gegenwärtig noch durch unsre Gnade ein etwas gefährliches Spielzeug, die Tita-Tita, eine eingeborne Schutztruppe, gebildet aus Häuptlingsöhnen und bewaffnet mit deutschen Militärgewehren. Wir meinen, im Gedanken an etwaige Unruhen müßte uns wegen dieser Truppe angst und bange werden, denn wir sind nicht in der Lage, ihr eine weiße Truppe entgegenzustellen, denn auch die Polizeitruppe besteht aus Samoanern. Und bis die Stationschiffe eintreffen, kann viel passieren. Die Samoaner können auch weniger harmlos sein, als sie sich gewöhnlich geben. Verschiedne Marinegräber aus der Zeit der Erwerbung der Kolonie geben Zeugnis davon. Es wäre eine Veruhigung für alle Kolonialfreunde, wenn die Tita-Tita durch eine weiße Truppe ersetzt würde, die auch nicht viel mehr kosten würde. Für die Samoaner ließe sich sicher eine andre Gelegenheit finden, ihrer Neigung zu Prunk und äußerer Repräsentation zu fröhnen.

Sonst gibts in der Südsee im Augenblick wenig neues. Dasselbe ist hinsichtlich Kiautschou der Fall. Wir hoffen aber, in der nächsten Rundschau mitteilen zu können, daß unser Kolonialbesitz im allgemeinen im verflossenen Jahr erfreuliche Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet unter dem Einfluß Dernburg'scher Verwaltung aufzuweisen habe, die mancherlei Unglücksfälle in Südwest und Unstimmigkeiten in Ostafrika aufzuwiegen vermögen.

Rudolf Wagner

Aus dem Wirtschaftsleben

28. Dezember 1908

(Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika. Konzentrationstendenzen. Postschekverkehr.)

Präsident Roosevelt hat während seiner Amtsperiode so starken Einfluß auf die Wirtschaftsgegebung Amerikas ausgeübt, daß die Bedeutung der Präsidentenwahl für das Wirtschaftsleben wenn möglich noch gesteigert worden ist. Amerika übt heute auf die gesamte Weltwirtschaft einen so starken Einfluß aus, auf den Geldmarkt, den Kapitalmarkt und den Warenmarkt in gleicher Weise, daß die Welt an einer ruhigen Entwicklung des amerikanischen Wirtschaftslebens das größte Interesse hat. Für Deutschland war die Präsidentenwahl, die am 3. November stattfand, in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung.

Zunächst wird jede Wahl, gleichgültig, ob Republikaner oder Demokraten Aussicht auf Erfolg haben, von den bekannten Newyorker Großspekulanten als willkommenen Anlaß zu Spekulationen in größtem Stile betrachtet. Bei den engen Beziehungen, in denen die Newyorker Börse zu allen europäischen Börsen steht, können diese Börsenmanöver nicht ohne Wirkung auf die Kursgestaltung in Europa bleiben. So hat auch diesmal die Spekulation, obwohl der Ausgang der Wahl nicht zweifelhaft sein konnte, die öffentliche Meinung eine Zeit lang irregeführt, es gelang ihr, den Ausgang der Wahl als zweifelhaft hinzustellen und dadurch Verwirrung zu schaffen.

Von weit größerer Bedeutung war jedoch für Deutschland die Frage, wie sich die Präsidentschaftskandidaten zu den Trusts stellen werden. Bei dem unheilvollen Einfluß, den die Trustmagnaten in Amerika auf das wirtschaftliche und politische Leben ausüben, war es selbstverständlich, daß sich jeder Kandidat als Gegner der Trusts bekennen mußte, wenn er überhaupt Aussicht auf Erfolg haben wollte. Demnach kam es darauf an, festzustellen, welcher Kandidat seine Gegnerschaft auch durch Taten stärker bekunden würde. Es war klar, daß der Demokrat Bryan mit Rücksicht auf seine Wähler energischer hätte vorgehen müssen als der Republikaner William S. Taft, der zwar dem von Roosevelt eingeschlagenen Wege folgen wird, doch, wie man annimmt, weniger geräuschvoll. Was hilft es auch, die Standard

Dil Company — wie es im vorigen Jahre geschah — zu 125 Millionen Mark Geldstrafe zu verurteilen; Rockefeller hat das Petroleummonopol, mithin die Preisbildung, in seiner Hand. Hätte die zweite Instanz die exorbitante Strafe bestätigt, so hätte Rockefeller sie auf die Konsumenten abgewälzt.

Als feststand, daß Taft der weniger energische Gegner war, war seine Wahl auch gesichert, da die Trustsgewaltigen nunmehr das größte Interesse hatten, ihre gewaltigen Geldmittel bei der Wahl zugunsten Tafts zu verwenden.

Der künftige Präsident hat sich als Freund Deutschlands bekannt und will auf eine Ermäßigung der hohen Zollsätze hinwirken; es wäre aber für Deutschland noch mehr zu wünschen, daß der Präsident mit aller Energie die Privatinteressen der Trusts dem Allgemeinwohl unterordnete. Vor allem ist eine gründliche Reform des amerikanischen Notenbankwesens unaufschiebbar, doch wird sie wohl noch lange an dem Widerstande der mächtigen Finanzgruppen scheitern. Während in Europa überall eine völlige Zentralisierung des Notenwesens angestrebt wird, sodaß nur eine Zentralnotenbank ausschließlich im öffentlichen Interesse den Geldumlauf regelt, nimmt in den Vereinigten Staaten die Dezentralisation immer mehr zu. Über 6850 Notenbanken betreiben dort die Notenausgabe lediglich nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen, dazu kommt, daß das System jeder Elastizität entbehrt. Hält das Publikum in Krisenzeiten das Hartgeld, besonders das Gold vom Verkehr zurück, so versagt das amerikanische System vollständig. Die amerikanischen Banken sind gezwungen, Gold unter großen Opfern aus Europa zu beziehen, wodurch sie wieder die europäischen Notenbanken nötigen, zur Abwehr den Diskontsatz zu erhöhen und so die betreffenden Länder schwer schädigen. Im Jahre 1907 bezog Amerika nach Ausbruch der schweren Krisis allein in den Monaten November und Dezember für etwa 400 Millionen Mark Gold aus Europa, und zwar hauptsächlich aus Deutschland und England, da die Reichsbank und die Bank von England die europäischen Notenbanken sind, die Gold jederzeit an jedermann auch zu Exportzwecken hergeben. Die Zinssätze stiegen damals in beiden Ländern auf eine seit Jahrzehnten nicht gesehene Höhe.

Demnach ist die geringe Aussicht auf eine gründliche Reform des Notenbankwesens unter dem neuen Präsidenten das für Deutschland bemerkenswerteste Ergebnis der Wahl.

Doch der Kampf gegen die Trusts wird nicht ruhn, dazu ist die Antimonopolbewegung in den Vereinigten Staaten zu mächtig. Man hat wohl erkannt, daß den Trusts mit Gewaltmitteln zurzeit nicht beizukommen ist, und will sich — wie auch die im Dezember an den Kongreß gerichtete bedeutsame Botschaft des scheidenden Präsidenten betont — damit begnügen, die Korporationen zu weitestgehender Publizität zu zwingen, sodaß die Öffentlichkeit in den Stand gesetzt wird, über monopolistische Praktiken und unanständige Geschäftsmethoden zu urteilen und „Material für den Unterbau einer wirksamen Gesetzgebung“ zu erhalten. Die größte Erbitterung haben die Trustsleiter durch die Brutalität hervorgerufen, mit der sie selbständige Existenzen vernichten. „Auf dem Wege einer höchst vernünftigen Geschäftsführung, so schreibt Professor Dr. von Philippovich im Österreichischen Volkswirt vom 12. Dezember (Herausgeber Walter Federn), können die großen Korporationen unsrer Tage das Eigentum von Tausenden expropriieren und sie in Angestellte verwandeln. Das ist die Bunde, aus der die Gesellschaft blutet.“ In seinem Werke *Monarchen und Mammonarchen* gibt Theodor Quinchen ein Beispiel solcher grausamen Expropriation durch Rockefeller (S. 258 bis 260).

Lewisohn Brothers waren aus kleinen Anfängen heraus zum größten Kaffeehause Amerikas und zu einer Macht im Kupferhandel geworden. Eines Tages

hält Rogers, ein Mitarbeiter Rockefellers im Standard Oil Trust, es für nützlich, den Handel in seine Hand zu bekommen. Er schlägt vor, das Lewisohnsche Kupfergeschäft in die Firma United Metal Selling Company umzugründen. Lewisohn berechnet die vorhandenen Werte auf 15 Millionen Dollar. Nein, sagt Rogers, die neue Gesellschaft übernimmt das alles für 5 Millionen Dollar in Aktien, davon bekommst du 49 und wir 51 Prozent. Überleg dir's 24 Stunden: entweder du fügst dich, dann bist du unser Teilhaber, oder du fügst dich nicht, dann bist du binnen einem Jahre bankrott. Wir kaufen jede Kupfermine, deren Agent du bist, und ruinierten jede, die etwa nicht verkaufen will. Du hast jetzt einen großen Namen im Kupfergeschäft, binnen einem Jahre wirst du im Kupfergeschäft überhaupt nicht mehr vorhanden sein. — Bis zum andern Morgen hatte sich Lewisohn die Sache überlegt. Er wußte ganz genau, daß die Standard Oil ihn wirklich zugrunde richten konnte, wenn sie es sich erst 10 bis 20 Millionen Dollar kosten ließe. Und er wußte auch, daß sie diese Summe anwenden würde, hatte sie doch die ungezählten Millionen hinter sich, die Amerikas Bürger in den Sparkassen, in den Versicherungsgesellschaften, in den Depositenbanken aufstapeln. Und so zeigt Lewisohn pünktlich seine Unterwerfung an. Auf den Wink von Rogers muß dieser alte, erprobte und nach gewöhnlichen Begriffen schwerreiche Geschäftsmann seinen und seiner Söhne Besitz ausliefern, wie der überfallne Wanderer im Walde seine Taschen umbreht, weil er des Straßenräubers kalten Pistolenlauf an seiner Schläfe fühlt.

Der Gedanke, eine Zentralnotenbank zu schaffen, gewinnt übrigens in den Vereinigten Staaten an Ausbreitung. In dem vor kurzem erstatteten Jahresbericht über das Notenbankwesen empfiehlt der amerikanische Schatzsekretär Cortelyou die Errichtung einer solchen Bank, jedoch unter einem für das Land höchst charakteristischen Vorbehalt: daß es gelingt, das Institut dem Einfluß der Politiker und der Großkapitalisten zu entziehen! Das aber dürfte vorläufig noch ein Ding der Unmöglichkeit sein. Der Schatzsekretär weiß das auch sehr wohl und ist deshalb bemüht, durch andre Vorschläge das Drängen Europas nach einer amerikanischen Zentralbank zu beschwichtigen. Europa drängt, um endlich gegen die plötzlichen großen Goldentziehungen Amerikas geschützt zu sein; daher empfiehlt Cortelyou ein andres Mittel, das die internationalen Goldbewegungen regulieren könnte, nämlich die Schaffung einer internationalen Goldnote, die auf einer Konferenz von Regierungsdelegierten und privaten Sachverständigen erörtert werden soll. Cortelyou wiederholt damit in etwas veränderter Form das sehr geschickte Vorgehn seines Vorgängers Roberts, der im Jahre 1904 die Schaffung eines internationalen Clearinghauses anregte.

Wir werden gut tun, die amerikanische Antitrustbewegung im Auge zu behalten, da wir nicht wissen können, ob wir nicht bald zu gleichen Abwehrmaßnahmen genötigt sein werden. Die Entwicklung drängt jedenfalls auch bei uns mit Macht auf eine immer stärkere Kapitalkonzentration hin. Die im November veröffentlichten Hauptergebnisse der gewerblichen Betriebsstatistik von 1907 für den preussischen Staat zeigen wiederum einen starken Rückgang der Kleinbetriebe bei gleichzeitigem Anwachsen der Groß- bzw. Riesebetriebe (über 500 Personen) mit einem Zuwachs der Betriebe um 70,4 und der darin tätigen Personen um 89,1 Prozent.

Wie bedauerliche Formen die Konzentration bereits angenommen hat, ließ der Mißerfolg des Fiskus in der Hiberniaangelegenheit erkennen, das zeigen aber auch die fortgesetzten, immer stärker werdenden Klagen über die Preispolitik der Syndikate, besonders des Kohlsyndikats, und die Vorgänge in der Elektrizitätsindustrie. Seit Jahren machen sich in dieser Industrie starke Konzentrationstendenzen bemerkbar,

die auch zu einem für die Gesellschaften durchaus günstigen Resultat geführt haben dank dem Wirken einer machtvollen Persönlichkeit, des Generaldirektors der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Rathenau. In neuester Zeit sind die Elektrizitätsgesellschaften bestrebt, ihre Macht dadurch zu erweitern, daß sie sich von den Banken unabhängig zu machen suchen durch Gründung sogenannter Elektro-Treuhandbanken. Diese sollen durch Ausgabe von Obligationen das für Elektrizitätsanlagen nötige Kapital auf lange Fristen beschaffen, und zwar wohl hauptsächlich für kleinere Gemeinden, denen der Kapitalmarkt überhaupt nicht oder nur unter harten Bedingungen offensteht. Diese Institute bedeuten eine außerordentliche Machtvergrößerung der Elektro-Großfirmen, da die Darlehnsnehmer in große Abhängigkeit von ihnen geraten werden. Gegen die Gründung der Institute kann jedoch nichts eingewandt werden, da es in Deutschland tatsächlich an einer andern Organisation des langfristigen industriellen Kredits fehlt.*)

Zu welchen Konsequenzen die Konzentration bereits geführt hat, zeigt die Komödie, die sich bei jeder Vergebung größerer in das Gebiet der Elektrizitätsbranche fallender Arbeiten abspielt. Weder private noch öffentliche Unternehmer sind in der Lage, zu bestimmen, wem sie die Arbeit zuteilen wollen, selbst wenn sie den Weg der Subskription wählen; die durch das Geheimkartell von 1903 vereinigten Elektrogroßfirmen verabreden die Gebote, die jede Firma zu machen hat, sodaß die Firma, der das Kartell den Auftrag zuteilt, das niedrigste Gebot abgibt. Das sind schon große Ähnlichkeiten mit amerikanischen Verhältnissen und geben eine Erklärung für die Vorschläge Schmollers auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim im Herbst 1905. Um die Bildung von Trusts nach amerikanischem Muster, die „Züchtung einiger weniger Milliardärdynastien“ von Deutschland fernzuhalten, empfahl Schmoller damals, jeder Aktiengesellschaft, deren Aktien- und Obligationenkapital 75 Millionen Mark erreicht oder überschreitet, die Verpflichtung aufzuerlegen, in ihrem Aufsichtsrat ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen, die der Reichskanzler und die Landesregierung als geeignet bezeichnen, und die verpflichtet werden, die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Reich und Staat neben denen der Gesellschaft zu vertreten. Ferner soll der zehnte Prozent übersteigende Gewinn solcher Unternehmungen halb an die Aktionäre und halb an Reich und Staat fließen.

Endlich hat Deutschland den Postscheckverkehr. Am 1. Januar 1909 ist er, da auch Bayern und Württemberg die Neuerung eingeführt haben, im gesamten Reichsgebiet ins Leben getreten. Auf die privat- und volkswirtschaftlichen Vorteile haben die Grenzboten wiederholt hingewiesen. Sie bestehen — in Kürze zusammengefaßt — hauptsächlich darin, daß müßig in den Kassen für kleine Zahlungen des täglichen Lebens bereit gehaltene Gelder der Post übergeben und durch diese dem Staatskredit (durch Anlage in Staatsanleihen) und den Bedürfnissen der Volkswirtschaft (durch Ankauf von Wechseln u. a. m.) dienstbar gemacht werden sollen. Der Postscheckverkehr wird Kreise, die dem Giroverkehr der Reichsbank fernblieben, weil ihnen das Mindestguthaben von tausend Mark zu hoch erschien (während die Post eine Stammeinlage von nur hundert Mark fordert), an die bargeldlosen Zahlungen derart gewöhnen, daß sie sich später neben dem Postscheckkonto ein Bankkonto eröffnen lassen werden. Die Dezentralisation des Postscheckverkehrs (13 Scheckämter) wird voraussichtlich der Entwicklung des neuen Verkehrsinstituts wesentlich günstiger

*) Vgl. die interessanten Vorschläge des Geh. Hofrats Dr. F. Hecht in dem Bericht über die zweite (außerordentliche) Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland vom 15. September 1908. Berlin, 1908, Puttkammer und Mühlbrecht. S. 58 ff.

sein als die starre Zentralisation, wie sie in Österreich üblich ist. Trotzdem hat das österreichische Postsparkassenamt in fünfundzwanzigjähriger Tätigkeit die Zahl der Teilnehmer auf etwa 80000 gebracht. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß unter diesen 1346 Ärzte, 2848 Notare und Rechtsanwälte, 362 Geistliche, 7000 Privatpersonen und 9070 Vereine und Korporationen sind. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Postscheckverkehr in wesentlichem Maße Kreise dient, die in Deutschland dem Giroverkehr der Reichsbank nicht angeschlossen sind, daß er also eine Lücke in unserm Geldverkehr auszufüllen berufen ist. Die Hauptvorteile für die Privatwirtschaft sind die Billigkeit und die Bequemlichkeit. Die Zahlungen können wesentlich billiger geleistet werden als durch Postanweisung; wir brauchen nicht mehr auf den Gelbbriefträger zu warten, eingehende Postanweisungen werden uns auf dem Konto gutgeschrieben; wir brauchen auch keine Postanweisungen mehr auszuschreiben und zur Post zu tragen, sondern zahlen durch Scheck oder Überweisungspostkarte.

Der im allgemeinen einfache Verkehr mit den Postscheckämtern ist in einem Flugblatt der Königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) in Berlin in mustergerichtiger Weise und in frischer klarer Sprache erläutert worden; wir verweisen betreffs der Einzelheiten auf dieses Blatt, das die Seehandlung einzeln umsonst, falls mehrere Exemplare erbeten werden, für wenige Pfennige an jedermann abgibt.

Noch einmal „die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage“. Der Verfasser des unter dieser Überschrift erschienenen Aufsatzes in Nr. 52 des soeben abgeschlossenen Jahrgangs sendet uns folgende Zuschrift: Die Bossische Zeitung ereifert sich sehr stark über die Darstellung, die ich von der innerpolitischen Lage gegeben habe. Sie geht davon aus, daß ein Gerücht — dessen Ursprung ich übrigens nicht kenne, und dessen Umhertragen in der Presse und im Privatgespräch ich leider nicht hindern kann — mich als „kommenden Mann“ bezeichnet, der in der Präsektion des Auswärtigen Amtes „an die Stelle oder die Seite des Geheimrats Hammann treten werde“. Auf dieses Gerücht hin schreibt das Blatt: „Möglich, daß dieser Aufsatz eine Probearbeit bedeutet; sicher, daß er keine Meisterarbeit ist.“ Ich bin leider nicht naiv genug, meinen Aufsatz mit der Erwartung geschrieben zu haben, daß er das Wohlgefallen der liberalen Presse erregen werde. Die abfällige Kritik bedarf also keiner Erwiderung. Was die „Probearbeit“ betrifft, so hätte der Verfasser des Artikels in der Bossischen Zeitung in seiner Nähe Berufsgenossen genug finden können, die ihm darüber Auskunft geben konnten, daß meine langjährige publizistische Tätigkeit an Zeitungen und Zeitschriften ersten Ranges mich an allen unterrichteten und berufenen Stellen vor der Notwendigkeit sichert, „Probearbeiten“ zu machen. Dann wird er bei ruhigem Nachdenken auch entdecken, daß unter den von ihm angenommenen Voraussetzungen eine anonyme Arbeit an derselben Stelle in den „offiziös bedienten Grenzboten“ — so drückt sich der Verfasser aus — den Zweck besser erfüllt hätte. Die Wirkung wäre mindestens die gleiche gewesen, wahrscheinlich noch größer, und an der richtigen Stelle hätte man ja doch gewußt oder erfahren können, wer den Artikel geschrieben hatte. Ich erwähne dieses Persönliche nur, weil es mir die Gelegenheit gibt, einem unbegründeten Gerücht entgegenzutreten. Im übrigen kann mich die Kritik kalt lassen, denn sie trifft mich nicht persönlich; jedem andern an meiner Stelle wäre es ebenso gegangen. Ich habe wenigstens noch nie einen politischen Publizisten gesehen, der von einem angegriffenen politischen Gegner Anerkennung geerntet hätte.

In sachlicher Beziehung läßt der Artikel der Bossischen Zeitung jeden ernsthaften Widerlegungsversuch vermissen. Die Versicherung, daß „Drohungen“ den Liberalismus nicht gefügig machen könnten, kann als ein solcher Versuch nicht gelten. Dergleichen Phrasen machen wohl auf die Menge Eindruck; die Verantwortlichen und die Führer pflegen auch die vom Gegner aufgestellten Behauptungen unabhängig daraufhin zu prüfen, ob ihnen Tatsachen zugrunde liegen. Sie werden auch in diesem Falle wohl erkennen, daß ich keinen Rat erteilt, sondern nur auf Tatsachen hingewiesen habe.

Mein Kritiker hat aber auch übersehen, daß ich von den Meinungsverschiedenheiten der Konservativen und der Liberalen über einzelne Steuervorschläge der Regierung gar nicht gesprochen habe. Ich habe diese vielmehr ausdrücklich ausgesprochen und früher schon oft genug in der Öffentlichkeit die Meinung ausgesprochen, daß die Zugeständnisse, die die Liberalen bereits gemacht haben, die Konservativen verpflichten, ihren Widerstand gegen die Nachlaßsteuer aufzugeben. Jetzt aber liegt die größte Gefahr für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform darin, daß die ganze Arbeit durch ein kleinliches Herabdrücken des berechneten Bedarfs unter einen falschen Gesichtspunkt gerückt und wiederum zu einem Fickwerk und einer Halbsheit gemacht werden soll. Der Hinweis auf die unvermeidlichen oder mindestens wahrscheinlichen Folgen dieser Taktik belastet nicht mich, sondern die, die in solchem Hinweis eine unberechtigte Drohung sehen.

W. v. Massow

Frankreichs Trophäen aus dem Kriege 1870/71. Zu unsern Artikeln in Nr. 41 und Nr. 47 der Grenzboten sind uns aus Leserkreisen wieder verschiedene Mitteilungen zugegangen. Es handelt sich um die Frage: Sind uns im Kriege 1870/71 vom Feinde fünf Geschütze genommen worden, wie das französische Kriegsministerium behauptet, oder sechs Geschütze, wie das Generalstabswerk angibt, oder nur vier: zwei bayrische, ein preussisches und ein sächsisches? Im Großen Generalstab hält man, nach den uns von einem höhern Offizier zugegangnen Bemerkungen, die Angabe für falsch, daß das in Crepagny erbeutete sächsische Geschütz von den Franzosen auf ihrem Rückzuge ins Wasser geworfen worden und deshalb nicht zu finden sei. Diese Angabe, die aus den Aufzeichnungen des Sächsischen Ulanenregiments Nr. 17 stammt, könne nur eine haltlose Vermutung sein; denn ein ins Wasser geworfnes Geschütz, wenn es nicht gerade das Weltmeer sei, könne nicht dauernd verloren gehn. Das sächsische Geschütz muß also unter allen Umständen in Frankreich sein.

Über den Verlust der übrigen Kanonen schreibt uns Herr Oberregierungsrat R., ein früherer Mitkämpfer: „Bei Beaune-la-Rolande sind tatsächlich zwei deutsche Geschütze verloren gegangen. Die Angabe Scherffs S. 21, vorletzter Absatz, und des Generalstabswerks, II. Teil, 1. Band, S. 471—473 lassen darüber keinen Zweifel aufkommen. Schließlich kann ich es als Mitkämpfer im Hannoverischen Feldartillerieregiment Nr. 10, dem die beiden Geschütze angehörten, bezeugen. Die erste leichte und die dritte schwere Batterie hatten die Verluste zu beklagen.“

Da diese Frage aus kriegsgeschichtlichen Gründen aufgeklärt werden muß, wandten wir uns an das Kriegsarchiv des Großen Generalstabs, und dieses teilt uns folgende interessante Einzelheiten mit: Es ist richtig, daß nach der Darstellung des Generalstabswerks an der angegebenen Stelle auch ein Geschütz der ersten leichten Batterie verloren gegangen ist, sodaß danach das Feldartillerieregiment Nr. 10 am Tage von Beaune-la-Rolande zwei Geschütze verloren hätte. Auf S. 478 des bezeichneten Bandes steht aber folgende Ergänzung: „Das über La Pierre percée zum Angriff schreitende Füsilierbataillon Regiments Nr. 52 und die an den dortigen

Waldstücken kämpfenden Siebenundfünfziger bemächtigten sich nun vollständig dieser Geschütze und des dort früher verloren gegangnen Geschützes.“ Es sind also bei Beaune-la-Rolande anfangs zwei Geschütze in die Hände des Feindes gefallen, aber schließlich ist nur eins in ihren Händen geblieben. Das stimmt auch mit folgenden Gefechtsberichten:

a) Der Gefechtsbericht der ersten leichten Fußbatterie des Feldartillerieregiments Nr. 10 „C. D. Venouille, den 29. 11. 1870“, unterschrieben: „Rnauer, Hauptmann und Batteriechef“, schildert den Verlust des Geschützes, bei dem 5 Mann und 6 Pferde liegen blieben, und sagt dann weiter: „Das verlorne Geschütz wurde durch den Vizefeldwebel Aly heute morgen der Batterie zurückgebracht. Dasselbe ist dem Vernehmen nach von der zweiten Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 52 aufgefunden, resp. wiedergenommen und von der ersten leichten Batterie III. Armeekorps dem Vizefeldwebel Aly wiedergegeben. Es fehlte darin der Verschluß, der Aufsatz und einige Munition. Gegenwärtig ist es wieder völlig schußfertig.“

b) Der Gefechtsbericht des Infanterieregiments Nr. 52: „Beaune-la-Rolande, 2. 12. 1870“, unterschrieben v. Wulffen, Oberst und Kommandeur, sagt: „Das Füsilierbataillon avancierte bis zum Schnitt der Straße nach Beaune-la-Rolande mit der Römerstraße (Chemin César). Einige hundert Schritt rechts dieses Schnitts stand ein vom X. Armeekorps zurückgelassenes Geschütz nebst Proze, verteidigt von französischen Abteilungen. Sekondeleutnant Paech des Füsilierbataillons warf sich mit seinem Schützenzuge mit Hurra auf die französischen Abteilungen und nahm daselbe; die Verschlußstücke hatten die Franzosen jedoch mitgenommen. Es ist dieses Geschütz sodann an den Chef der ersten leichten Batterie Hauptmann Stoephasius abgegeben worden, von wo es am andern Tage wieder in die Hände des betreffenden Batteriechefs im X. Armeekorps übergegangen ist.“ Es bleibt also dabei, schreibt uns das Kriegsrarchiv des Großen Generalstabs, daß sich im Besitz der Franzosen nur vier 1870/71 genommene deutsche Geschütze befinden, zwei bayrische, ein preussisches und ein sächsisches.

Wir freuen uns, daß damit der fatale Fehler im Generalstabswerk, es seien sechs deutsche Geschütze verloren gegangen, beseitigt worden ist. Der französische Kriegsminister, der den Befehl gegeben hat, daß die Trophäen, darunter fünf deutsche Kanonen, aus dem Kriege von 1870/71 vereinigt und in das Invalidenhôtel geschafft werden, spricht in seinem Erlaß an die französischen Korpskommandeure auch von zwei bei Beaune-la-Rolande eroberten preussischen Geschützen. Ein französischer Offizier sagt aber im *Eclair* darüber: *Les canons de Beaune-la-Rolande sont dans la cour du musée d'Artillerie. Ils portent cette mention: „Pris à l'ennemi.“ Ils n'ont pas, il est vrai, de certificat d'origine, mais ils ont leur légende et on lui fait crédit. Le général Niox, sous bénéfice d'inventaire, l'accepte. Les deux canons bavares, pris le lendemain de Coulmiers sont, assure-t-on, à l'arsenal de Lorient. Sur le canon saxon d'Etrepagny, il plane une plus grande obscurité. Die Lösung des ganzen Rätsels wird wohl die sein, daß auf dem Platz des Artilleriemuseums nicht zwei preussische Geschütze stehen, sondern ein preussisches und ein sächsisches.*

Im ganzen Kriege nur vier, sage vier von den französischen Truppen trotz aller Anstrengung uns abgenommene Kanonen! Was will das heißen gegen die 359 von uns im Feuergefecht eroberten französischen Geschütze! Die vielen tausende in den Festungen genommenen Kanonen wollen wir ganz unerwähnt lassen. Der französische Kriegsminister hätte im Interesse des französischen Prestiges wirklich gut getan, die Frage der Trophäen Frankreichs aus dem Kriege 1870/71 auf sich beruhen zu lassen.

E. G.

Literaturgeschichte und Volkskunde. Ausgehend von der Tatsache, daß bei der Beurteilung der mündlichen und schriftlichen Überlieferungen, die die deutsche Nationalliteratur bilden, der Zusammenhang unsrer Literatur mit dem deutschen Volkstum als solchem, also die eigentliche nationale Seite unsrer Literaturgeschichte, vernachlässigt worden ist, redet August Sauer in seinem Buche Literaturgeschichte und Volkskunde (Rektoratsrede. Prag, F. G. Calve, 1907. 42 Seiten. 1 Mark 20 Pf.) einer weitgehenden Ausnützung stammheitlicher oder landschaftlicher Provinzialliteraturgeschichten zum Zwecke der allgemeinen deutschen Literaturgeschichte das Wort. Dabei habe sich diese mehr als bisher der Ergebnisse der volkskundlichen Forschung zu bedienen, und die Volkskunde selbst habe sich über das Sammeln und Beschreiben hinaus der stammheitlichen und landschaftlichen Charakterologie des deutschen Volkes zuzuwenden, um so eine wissenschaftliche Formel für den Begriff: deutsche Volksseele zu finden. Mehr als bisher sei auch darauf Rücksicht zu nehmen, wie tief zum Beispiel ein Dichter, eine Dichtergruppe, ein Dichtwerk im deutschen Volkstum wurzle oder sich davon entferne. Schließlich erscheint ihm die Pflege der Familiengeschichte, auch die der bürgerlichen Familien, für die literarisch-historisch-biographische Forschung von Wert, desgleichen das Anstreben von verlässlichen Stammbäumen für unsre bedeutendern Dichter.

Ein Anhang bringt eine vorläufige Übersicht über die schon vorhandenen landschaftlichen Literaturwerke, geordnet nach: Darstellungen und Sammelwerken, lokalen Literaturgeschichten, landschaftlichen und mundartlichen Anthologien.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Winter-Sport u. Wanderungen. Schlittschuh — Schi — Rennwolf.

„Harter Winter, streng und rauh,
Winter sei willkommen!

Nimmst du viel, so gibst du auch,
Das heißt nichts genommen!“
Grillparzer.

Winterliche Leibesübungen in freier Luft.

Von E. Burgas. Mit Abbildungen. Kart. M. 1.—

„Der Verfasser hat seine Aufgabe, in kurzen, knappen Ausführungen ein Bild von der Notwendigkeit und dem Wert, dem Wesen und der Art der einzelnen Leibesübungen zu entwerfen, vortrefflich gelöst und es verstanden, dem Leser eine abgerundete Darstellung der in Frage kommenden gesundheitlichen und sportlichen Betätigungen zu geben. Der reiche Inhalt wie nicht minder die klare, einfache Darstellung machen das Büchlein zu einem wertvollen Wegweiser in der Wahl und der Durchführung des Wintersports.“ (Sport und Gesundheit.)

Schönheit und Gymnastik.

Drei Beiträge zur Ästhetik der Leibeserziehung von F. A. Schmidt, K. Möller und M. Radczwill. Mit Abbildungen. Geh. M. 2.80, geb. M. 3.20.

„Vor allen Dingen faßt dies Buch, fern von jedem Spezialistentum in der Turnerei, die Sache an ihrem innersten Kern. Lebenskraft und Lebenslust durchweht es bis in seinen letzten Winkel, und eine klare Erkenntnis führt das Steuer. Schon beim Durchlesen wird tüchtigen Eltern zumute sein, als hätten sie einen weiten Marsch durch Wiesen und Wälder gemacht und seien vom frischen Feldwind durchweht und durchschüttelt.“ (Cürmer.)

Das Wandern.

Von H. Kaydt und F. Eckardt. . . Kart. M. 1.—

„Alles, was zum Wandern gehört, sein Wert und sein Zweck, die einschlägige Literatur, die Arten der Wanderung und Ratschläge für die Wanderung finden sich in dem Büchlein vereinigt. Möge die Schrift weiteste Verbreitung finden und viele junge und alte Deutsche antreiben, den Rucksack zu schnüren und hochgemut den Wanderstab zu ergreifen!“

Deutsches Ringen nach Kraft und Schönheit.

Aus den literarischen Zeugnissen eines Jahrhunderts gesammelt von K. Möller. I. Band: Von Schiller bis Lange. Geh. M. 1.—, geb. M. 1.25.

„Jetzt, wo die Teilnahme für gesunde Leibesübung und Pflege immer allgemeiner wird, ist dieses Buch besonders willkommen, das solches Streben durch die Worte unserer besten und größten Schriftsteller zu weihen und es so auch zugleich vor den Auswüchsen zu bewahren sucht, vor denen andere Völker, wie die Amerikaner und Engländer, nicht immer verschont geblieben sind.“

(Düsseldorfer General-Anzeiger.)

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.